

DIE ROTE FEDER

Nr. 40 | September 2009 | **SPD Ortsverein Sulzbach-Rosenberg**

www.spd-sulzbach-rosenberg.de

SPD wählen! JETZT

**Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger,**



am 27. September 2009 steht ungewöhnlich viel auf dem Spiel.

Es geht um die Richtung in Deutschland – nicht nur für die kommende Legislaturperiode, sondern für das ganze Jahrzehnt. Wir erleben den tiefsten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Ideologie, die uns in diesen Schlamm geführt hat, kann und darf nicht die Antwort auf diese Krise sein. Darum kämpfen wir dafür, dass CDU/CSU und FDP in Deutschland keine Chance bekommen.

Manche Bürgerinnen und Bürger fragen: Was unterscheidet Union und SPD denn noch voneinander?

Die Politik der Großen Koalition ist sozialdemokratisch geprägt, weil fast alle Konzepte zur Bewältigung der Krise seit dem vergangenen Herbst von der SPD kamen:

- Kommunale Investitionen
- Abwrackprämie
- Kinderbonus
- Finanz-TÜV
- Begrenzung der Managergehälter
- Verlängerung Kurzarbeitergeld

Das Programm der Union verspricht allen alles, ohne dass es die Finanzlage hergibt. Wer bekommt die schwarz-gelben Niedrigsteuern denn zuerst zu spüren? Die Kinder, die Förderlehrer und Sozialarbeit brauchen. Die Jugendlichen in geförderten Ausbildungszentren. Die Kurzarbeiter. Die Kranken und Pflegebedürftigen, die nicht wie eine Nummer behandelt werden wollen. Die Studenten, die das bei der Qualität der Ausbildung spüren.

Schwarz-Gelb bedeutet Privilegien für Wenige. Wir wollen Chancen für alle.

- Wer sorgt dafür, dass Märkte wieder Grenzen und Regeln bekommen? **Die SPD.**
- Wer will nachhaltiges Denken in der Wirtschaft statt kurzfristiges Handeln auf Kosten von Arbeitnehmern und Umwelt? **Die SPD.**
- Wer setzt sich dafür ein, dass alle Kinder mit Schulabschluss und Berufsausbildung ins Leben gehen? **Die SPD.**
- Wer will **Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni** statt Steuersenkungen für Wenige? **Die SPD.**

- Wer sorgt für eine tolerante Gesellschaft? **Die SPD.**
- Wer garantiert, dass wir unabhängig werden von Atomkraft? **Die SPD.**
- Wer sorgt für die Gleichstellung von Frau und Mann? **Die SPD.**
- Wer will eine Zwei-Klassen-Medizin verhindern? **Die SPD.**
- Wer kämpft dafür, dass niemand bei uns durch den Rost fällt? **Die SPD.**
- Wer ist für die Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV-Empfängern? **Die SPD.**
- Wer will einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. **Die SPD.**
- Wer ist für die Beibehaltung des Kündigungsschutzes? **Die SPD.**

Wir sind es, die dieses Land zusammenhalten. Sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig. Das sind die Säulen für den inneren Frieden. Beide gleich wichtig.

Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft. Mit einem starken Sozialstaat und aktiven Bürgerinnen und Bürgern.

Das sind unsere Ziele.

Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie am 27. September zur Wahl. Wählen Sie unseren Bundestagskandidaten Christian Beyer, wählen Sie SPD!

Ihr Michael Göth

1. Vorsitzender
SPD Ortsverein und Fraktionsvorsitzender

++++ LETZTE MELDUNG! CDU/CSU und FDP wollen nach der Bundestagswahl die Mindestlöhne abschaffen und den Kündigungsschutz reduzieren. Wenn Sie das nicht wollen, sollten Sie SPD wählen! +++++

Wackersdorf, Krümmel, Tschernobyl!

Wenn Sie nicht wollen, dass diese Namen wieder ein Thema in Ihrem Leben werden... wählen Sie am 27. September die SPD!



Hans-Jürgen Haas

Stellv. Vorsitzender SPD-Ortsverein Sulzbach-Rosenberg

Die SPD hat den Atomausstieg 2002 zusammen mit den Grünen beschlossen und wird an diesem Ausstieg festhalten.

CDU/CSU und FDP dagegen wollen den Atomausstieg rückgängig machen und setzen auf eine Technologie, die hochge-

fährlich ist. Die Endlagerung des radioaktiven Mülls ist immer noch nicht gelöst. Sie haben anscheinend aus der Katastrophe von Tschernobyl nichts gelernt.

Nur Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze.

Die hochdynamische Erneuerbare Energien-Branche hat 2008 rund 30.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Nach Angaben der Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft arbeiten somit schon 280.000 Menschen in dieser Branche.

Perspektivisch können durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland über eine Million Arbeitsplätze entstehen. Das ist die richtige Antwort auf die Wirtschaftskrise.

Der Beitrag der Erneuerbaren Energien liegt schon bei 18%!

Übrigens: Die bisher in Deutschland installierten Windenergieanlagen produzieren zeitweise schon mehr Strom als alle deutschen Atomkraftwerke zusammen. Hinzu kommt noch der Strom aus Photovoltaik und Biogasanlagen!

Die SPD setzt deshalb auf erneuerbare Energien, ihnen gehört die Zukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze, sind sauber und schützen das Klima.

Bei der Bundestagswahl werden die Weichen auch für unsere künftige Energiepolitik gestellt. Wir brauchen keine veraltete und gefährliche Technologie wie die Atomenergie.



Wählen sie die Atomkraft ab – wählen Sie SPD!

Bildung für alle – die beste Investition in die Zukunft



Philipp Rösel

Stellv. Juso-Vorsitzender SPD Sulzbach-Rosenberg

Pressebeauftragter

Vorstandschaff SPD-Ortsverein Sulzbach-Rosenberg

Pisa und Co beweisen: Unser Bildungssystem ist so nicht zukunftsfähig. In keinem anderen EU-Land sind Bildungs- und Berufschancen derart ungerecht verteilt – Bayern hält den traurigen Spitzenwert innerhalb Deutschlands. Vermögen der Eltern, sozialer Status...etc. entscheiden meist darüber, wo der Weg unserer Kinder in Zukunft hin geht.

Studiengebühren: sozial ungerecht und unzweckmäßig!

Mit Studiengebühren hat die CSU – den schwarzen Peter ganz einfach an die Studierenden weitergegeben. 10 Milliarden Euro pumpt die CSU in die Bayern

LB – mehr Geld für bessere Bildung soll es jedoch nicht geben. Viele junge Menschen können es sich nicht mehr leisten, zu studieren. Wegen Bachelor und Master ist es kaum mehr möglich, ein Studium durch Nebenjobs selbst zu finanzieren. Bildung ist somit abhängig vom elterlichen Geldbeutel, nicht von der Begabung der Kinder.

Die SPD fordert deshalb unter anderem:

- Kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule
- Senkung der Schulabbrecherzahlen durch Ausbau von Ganztagschulen und Schulsozialarbeit
- Mehr Studienplätze schaffen statt Hochschulen für besser Situierte
- Studium auch für Fachkräfte ohne Hochschulreife ermöglichen
- Investitionen in bessere Hochschulen anstatt Studiengebühren, die zweckfremd brach liegen und nur Benachteiligungen schaffen

Bessere Bildung für alle unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!

Am 27.09.09 – SPD wählen!

Für den Erhalt und Ausbau starker Städte und Gemeinden!

Immer wieder wollen CSU und FDP kommunale Dienstleistungen privatisieren, auch in Sulzbach-Rosenberg.

Wohin dieser Privatisierungswahn, bei Strom, Gas und Telekommunikation in den 90er Jahren unter Bundeskanzler Kohl geführt hat, können wir am besten in unseren Geldbörsen ablesen. Auch die Gewerbesteuer als kommunale Einnahmequelle ist bei diesen Parteien gefährdet.

Die SPD tritt deshalb ein für:

- Finanzielle Verbesserungen bei den Kommunen durch eine Erhöhung des kommunalen Finanzausgleiches
- Den Erhalt der Gewerbesteuer als starke Investitions- und Finanzierungsquelle der Städte und Gemeinden
- Vollständige Weitergabe der finanziellen Mittel aus dem Konjunkturpaket II an die Kommunen (Bayern gab von den 1,9 Milliarden 570 Millionen nicht weiter)
- Komplette Übernahme der Kosten für Schülerbeförderung und Personalkostenzuschüsse an kommunalen Schulen durch den Freistaat

Michael Göth (Stadtrat) – 1. Vorsitzender SPD Ortsverein und Fraktionsvorsitzender

Sozialdemokratische Steuerpolitik:

Am Gemeinwohl und an der Nachhaltigkeit orientiert



Marcel Görmann

Stellv. Juso-Vorsitzender SPD Sulzbach-Rosenberg

Ausgerechnet mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Gründung der BRD, werben Merkel, Seehofer und Westerwelle für massive Steuersenkungen. Und das obwohl sie wissen, dass den öffentlichen Haushalten infolge der Krise bis 2013 schätzungsweise 320 Milliarden Euro an Einnahmen fehlen werden!

Also: Entweder ist das ein schwarz-gelbes Steuermärchen oder die dadurch weiter aufreißenden Finanzlöcher werden durch Einsparungen im sozialen Bereich gestopft. Dann würden allein diejenigen

gewinnen, die von einem niedrigeren Spitzensteuersatz profitieren und sowieso nicht auf Solidarität und staatliche Hilfe angewiesen sind!

Unsere Steuerpolitik geht anders:

Wir sind überzeugt davon, dass es einen handlungsfähigen Sozialstaat braucht, der gestaltend eingreifen kann und dementsprechend finanziert werden muss.

- Durch eine neue **Börsenumsatzsteuer** sollen kurzfristige Spekulationen im internationalen **Finanzcasino eingedämmt werden.**
- Wir wollen einen „Bildungssoli“ ins Leben rufen, damit mehr Geld dorthin fließt, wo es dringend benötigt wird: in frühkindliche Bildung, Schulen und Hochschulen. Dazu sollen – durch eine Erhöhung der Spitzensteuer um 2% – all jene Bestverdiener mit einem Jahreseinkommen über 120.000 Euro ihren fairen Beitrag leisten.

Gegen eine Zwei-Klassen-Medizin: Deshalb SPD wählen!



Dr. Armin Rüger (Stadtrat)

Orga-Team SPD-Ortsverein Sulzbach-Rosenberg

Mehr Gesundheit für alle – dafür steht die SPD. Im Gegensatz zu CSU und FDP, die aus den Folgen der Finanzkrise nichts gelernt haben und weiter alles privatisieren wollen, sagt die SPD klar: mit uns nicht! Die private Volksversicherung als FDP-Modell führt zu mehr Selbstbeteiligung für die Beitragszahler, Benachteiligungen für Senioren, chronisch Kranke und finanziell Schwächere sowie alle anderen, die vom privaten Versicherer als „Risiko“ eingestuft würden.

Weil Gesundheit nicht zum Luxusprodukt werden darf!

Bürgerversicherung – Die SPD setzt sich unter anderem ein für:

- Gerechte Einbeziehung aller Einkommen, solidarische Verteilung der Lasten und damit zukunftsfähige Finanzierung unseres Gesundheitssystems
- Paritätische Aufteilung der Versicherungsbeiträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, was die Arbeitnehmer finanziell entlasten würde
- Solidarische Absicherung der individuellen Risiken
- Einbezug der privaten Krankenversicherungen in den Gesundheitsfonds

Wer eine fortschrittliche, zukunftsfähige und deshalb sozial gerechte Gesundheitsversorgung für alle will, wählt SPD!

NPD-Verbot jetzt!

Die Idylle ist vorbei! – Auch wir haben ein Problem!

Samstag 25. 07. 2009 Stadtzentrum:

Die NPD und ihre Schlägertruppe bauen einen Infostand auf. Mit sozialen Parolen verbreiten sie ihre menschenverachtende Ideologie (...es gab keine KZs, es gab keine Judenvernichtung, KZ-Opfer wurden als „Weightwatcher“ verhöhnt). Vorher schon hatte die NPD an der Berufsschule illegal Infomaterial verteilt.

Dieses Auftreten macht einmal mehr deutlich: Die NPD ist keine verfassungskonforme Partei. Die NPD toleriert keine anderen Meinungen. Gewalt gegenüber Andersdenkenden und gegen Schwächere, gegen Behinderte und ausländische Mitbürger sind für sie alltägliche Mittel.

Keine Steuergelder für die Feinde unserer Demokratie – NPD-Verbot jetzt!

Ein NPD-Verbot beseitigt nicht braunes Gedankengut, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus aus unserer Gesellschaft, aber:

- Die NPD würde nicht mehr mit unseren Steuergeldern unterstützt: das waren z.B. von 2004 - 2007 **4,7 Millionen Euro**, fast die Hälfte ihrer gesamten Einnahmen! **Damit kann sie Schlägertrupps der „Kameradschaften“ finanzieren.**
- Ein Verbot würde die rechten Aufmärsche sofort und wirksam reduzieren!
- Die Polizei müsste nicht mehr die Aufmärsche der Nazis ermöglichen.
- **NPD-Verbot – ein klares Zeichen:** Wir tolerieren dieses Gedankengut nicht!
- V-Männer in der NPD sind vom Verfassungsschutz bezahlte Nazis. Ihre Informationen sind zweifelhaft! Das Bundesverfassungsgericht kann die NPD verbieten, wenn diese von den Innenministerien der Länder abgeschaltet werden.

Für eine wehrhafte Demokratie und ein neues NPD-Verbotsverfahren!

Am 27. September 2009 SPD wählen!

Dr. Peter Lehner (Stadtrat), stellv. Schriftführer SPD-Ortsverein Sulzbach-Rosenberg

Politik braucht wieder Visionen!



Jedes moderne Unternehmen, das erfolgreich bestehen will, setzt sich Ziele. Was also liegt näher, dass auch die Politik sich wieder Ziele setzt, die es zu erreichen gilt und Wege aufzeigt, wie man sie erreichen kann.

Genau das hat der **Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier** getan, als er sein Konzept „Die Arbeit für morgen“, inzwischen besser bekannt als „Deutschland-Plan“ vorgestellt hat.

„Wir müssen aus dem Krisenereignis herauskommen. Wir brauchen einen Perspektivenwechsel,“ so Steinmeier bei der Erläuterung seiner Ideen.

Ziel ist es, bis 2020 vier Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die wichtigsten Punkte aus seinem Programm sind:

Arbeitsplätze: Als Ziel bis 2020 soll die **Vollbeschäftigung** erreicht werden, indem neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Zwei Millionen in der Industrie
- Eine Million im Gesundheitswesen
- 500.000 in der Kreativwirtschaft (Kultur, Medien, Werbung)
- 500.000 in anderen Bereichen wie Handel und Dienstleistungen

Die meisten neuen Jobs sollen durch „grüne“ Technologien entstehen.

Energie: 2020 sollen in Deutschland 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen und 40 Prozent aus „sauberen“ Gas- und Kohlekraftwerken.

- **Es bleibt beim Atomausstieg**
- Der Ausstoß von Treibhausgasen soll um ein Fünftel gesenkt werden

Mittelstand: Zusammen mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken soll eine „Allianz für den Mittelstand“ geschmiedet werden. Ziel ist es:

- Die Kreditklemme der kleineren und mittleren Unternehmen zu überwinden

- Mehr Kredite von der staatlichen KfW-Bank für den Mittelstand

Infrastruktur: Spätestens 2020 soll Deutschland über ein flächendeckendes, schnelles Breitbandnetz verfügen.

- Ein einheitliches Leitsystem soll den Verkehr auf Autobahnen und in den Städten regeln

Bildung: Bis 2020 soll die Hälfte aller Schüler eine Hochschulreife erwerben.

- Der Anteil der Hochschul-Absolventen soll doppelt so hoch sein wie heute
- Ein Ministerium für „Bildung und Integration“ soll dafür sorgen, dass Einwanderer besser einbezogen werden
- Auch eine Software-Hochschule soll es geben
- **Ausbildung soll gebührenfrei sein** – vom Kindergarten bis zur Universität

Gleichstellung: Die Hälfte des Kabinetts soll aus Frauen bestehen.

- Mit einem neuen Gleichstellungsgesetz soll erreicht werden, dass es in Deutschlands Aufsichtsräten 2014 einen Frauenanteil von mind. 40 Prozent gibt

Wie lange wollen Sie eigentlich noch CSU wählen?



Dr. Thomas Steiner
(Stadtrat)

Stellv.
Fraktionsvorsitzender
und Bildungsbeauftragter
SPD-Ortsverein
Sulzbach-Rosenberg

Landauf landab wird beklagt, dass die Hauptschulen aussterben und die wohnortnahe Schule geschlossen wird. Ursache dafür ist die 6-stufige Realschule.

Wer hat die Einführung beschlossen?
Die CSU!

Wer hat davor gewarnt, wer hat gesagt, es ist besser, eine längere gemeinsame Schulzeit von 6 Jahren zu haben?
Die SPD!

Wer hat über Nacht das 8-jährige Gymnasium eingeführt, ohne entsprechende Lehrpläne, Schulbücher und bauliche Voraussetzungen?
Die CSU!

Wer hat gesagt, das sollte man besser planen, in aller Ruhe einführen, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind?
Die SPD!

Wer hat kleinere Klassen und mehr Lehrer versprochen und nicht eingehalten?
Die CSU / FDP!

Wer hat die Verantwortung bei der Bayerischen Landesbank?
Die CSU!

Wer hat 10 Milliarden Euro zur Rettung der Bayerischen Landesbank durchgeboxt?
Die CSU / FDP!

Das hätte man mit 10 Milliarden Euro an Bildungsmaßnahmen machen können:

- 476 Jahre lang 1.000 Schulsozialarbeiter bezahlen

- 28.571 zusätzliche Lehrer/innen für 5 Jahre oder 3.571 für 40 Jahre

- 9 Schuljahre lang ein kostenloses Mittagessen für alle bayerischen Schüler/innen

- für 16 Jahre Klassenstärken von unter 25 Schülern garantieren

- 100 Jahre lang das kostenlose Kindergartenjahr für alle bayerischen Kinder

Hier wäre diese immense Summe sinnvoll investiert worden, dank der CSU wurde sie verbrannt!

SPD – die bessere Alternative

IMPRESSUM

Redaktion: Michael Göth, Dr. Thomas Steiner, Marcel Görmann, Philipp Rösel, Dr. Peter Lehner, Dr. Armin Rieger, Hans-Jürgen Haas.

Gestaltung: Erwin Rösel

Druck: Sulzbacher Satz-Studio Jürgen Gradl

Zuschriften: Michael Göth, Maximilian-Kolbe-Str. 15, 92237 Sulzbach-Rosenberg